

Arbeitsplanung im Bereich EU-Angelegenheiten
auf der Grundlage der Auswertung des Arbeitsprogramms der KOM 2014 durch die Fraktionen

(Stand: 30. April 2014)

Nr.	Bezeichnung der Initiative	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele	von folgenden Fraktionen benannt	Politikbereich	Termin/ Zeitpunkt der Beratung	Ressort-betroffenheit
1	Überarbeitung des politischen und rechtlichen Rahmens der EU für die ökologische / biologische Anbauweise	Legislativmaßnahme / Nicht-Legislativmaßnahme	Überprüfung, wie relevant der rechtliche Rahmen für die weitere Entwicklung des Sektors ist.		Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums	Für März 2014 angekündigt, bislang nicht vorgelegt.	SWAH
5	Modernisierung der staatlichen Beihilfen in Schlüsselsektoren	Nicht-Legislativmaßnahme	Das Paket wird die Modernisierung der staatlichen Beihilfen in Schlüsselsektoren vervollständigen: Prüfung der Anwendung der Leitlinien für staatliche Beihilfen auf Flughäfen und Fluggesellschaften, Überarbeitung der Leitlinien für Umweltschutzbeihilfen, der Leitlinien für Forschung, Entwicklung und Innovation, der Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen sowie Einführung neuer Leitlinien für die Land- und Forstwirtschaft.	Bündnis 90/Die Grünen CDU	Wettbewerb	Angekündigt für das 1. Quartal 2014, bislang nicht vorgelegt.	SWAH, SUBV
6	Modernisierung der staatlichen Beihilfen: Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung	Nicht-Legislativmaßnahme	Im Zuge der Überarbeitung der AGFVO als Teil der Modernisierung der staatlichen Beihilfen sollen die allgemeinen Kompatibilitätskriterien mit Blick auf eine gesteigerte Ausgabenwirksamkeit und eine weitere Verwaltungsvereinfachung präzisiert werden. Das Paket wird auch eine neue Gruppenfreistellungsverordnung für die Land- und Forstwirtschaft enthalten.		Wettbewerb	Angekündigt für das 1. Quartal 2014, bislang nicht vorgelegt.	SWAH
7	Überarbeitung der Wettbewerbsvorschriften für Technologietransfer-	Nicht-Legislativmaßnahme	Ziel wird sein, die derzeitigen, 2014 auslaufenden Vorschriften dahingehend zu aktualisieren, dass die Lizenzierung von Rechten an geistigem Eigen-	CDU	Wettbewerb	Die Initiative wurde am 21. März vorgelegt.	SWAH

Nr.	Bezeichnung der Initiative	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele	von folgenden Fraktionen benannt	Politikbereich	Termin/ Zeitpunkt der Beratung	Ressort-betroffenheit
	Vereinbarungen		tum gefördert und damit Innovation unter Aufrechterhaltung.				
9	Mobilität der Arbeitskräfte	Legislativmaßnahme /Nicht-Legislativmaßnahme	Mit der Initiative soll die Freizügigkeit der Menschen in der EU dadurch erleichtert werden, dass die Systeme der sozialen Sicherheit besser abgestimmt werden, was die Rechte der Menschen stärken und zu Wachstum und Beschäftigung beitragen wird. Das Paket wird eine Bilanz des bislang Erreichten sowie Vorschläge zur Änderung der Verordnungen 883/2004 und 987/2009 über die Koordinierung der sozialen Sicherheit und eine Initiative zu den hochmobilen Arbeitnehmern umfassen.	Bündnis 90/Die Grünen CDU	Beschäftigung und Soziales	Angekündigt für Juni 2014	SWAH, SKJF
10	Mitteilung über die Schaffung von Arbeitsplätzen in einer "grünen Wirtschaft"	Nicht-Legislativmaßnahme	Im Mittelpunkt der Mitteilung werden die wichtigsten Maßnahmen zur Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen sowie zur Verbesserung der Ressourceneffizienz am Arbeitsplatz stehen, eine der größten Herausforderungen für die Wettbewerbsfähigkeit Europas. Es wird hauptsächlich um die wichtigsten Wirtschaftssektoren und die Antizipation des Qualifikationsbedarfs im Sinne einer ressourcenschonenderen Wirtschaft gehen.	Bündnis 90/Die Grünen	Beschäftigung	Angekündigt für das 2. Quartal 2014	SWAH
11	Stand der Verwirklichung des Energiebinnenmarkts und Aktionsplan zur Verwirklichung des Energiebinnenmarkts auf der Ebene des Einzelhandels	Nicht-Legislativmaßnahme	Die KOM wird mit Blick auf das Ziel, den Energiebinnenmarkt bis 2014 zu vervollständigen, einen Fortschrittsbericht vorlegen.		Energie	Offen	SUBV
14	Ressourceneffizienz und Abfälle	Legislativmaßnahme	Die Arbeiten werden auf den Fortschritten bei der Umsetzung des Fahrplans für ein ressourcenschonendes Europa aufbauen und die wichtigsten Grundlagen legen, damit die EU ihr Potenzial zur Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität nutzen, den Ressourcenverbrauch verringern und sich stärker auf eine Kreislaufwirtschaft zu bewegen kann. Dazu gehören die Schlussfolgerungen aus der Entwicklung geeigneter Indikatoren und	Bündnis 90/Die Grünen	Umwelt	2. Quartal 2014	SUBV

Nr.	Bezeichnung der Initiative	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele	von folgenden Fraktionen benannt	Politikbereich	Termin/ Zeitpunkt der Beratung	Ressort-betroffenheit
			Ziele sowie die Überarbeitung der wichtigsten Zielwerte in den Abfallvorschriften der EU (entsprechend den Überprüfungsklauseln in der Abfallrahmenrichtlinie, der Deponierichtlinie und der Verpackungsrichtlinie) und Durchführung einer Ex-post-Bewertung der Abfallstromrichtlinien sowie Evaluierung der einzelnen Optionen zur Verstärkung der Kohärenz zwischen diesen Richtlinien.				
15	Inangriffnahme des Lohngefälles zwischen den Geschlechtern	Nicht-Legislativmaßnahme	Diese Initiative wird den Grundsatz der gleichen Entlohnung für Frauen und Männer stärken und seine wirksame Umsetzung vereinfachen; zudem wird den Mitgliedstaaten bei der Suche nach der richtigen Vorgehensweise zur Verringerung des fortbestehenden Lohngefälles zwischen den Geschlechtern geholfen.	Bündnis 90/Die Grünen	Beschäftigung und Soziales	Empfehlung wurde am 07. März vorgelegt. Der IBEA erhält einen schriftlichen Bericht am 13. Mai	SWAH, SKJF
17	EU-Strategie für die Sicherheit des Seeverkehrs	Nicht-Legislativmaßnahme	In einer gemeinsamen Mitteilung mit der Hohen Vertreterin soll ein kohärenter Strategierahmen sowohl für die interne als auch für die externe Sicherheit des Seeverkehrs entworfen werden, der sich mit Blick auf eine bessere Bewältigung der großen maritimen Sicherheitsprobleme auf Zusammenarbeit, Komplementarität und gemeinsame Ressourcennutzung ziviler und militärischer Einrichtungen stützen wird.	Bündnis 90/Die Grünen CDU	Maritime Angelegenheiten/Inneres	Mitteilung ist am 06. März vorgelegt worden. Der IBEA erhält einen schriftlichen Bericht in der Sitzung am 13. Mai.	SWAH
19	Ausarbeitung eines Folgerahmens zum Hyogo-Rahmenaktionsplan	Nicht-Legislativmaßnahme	Mit dieser Initiative soll der Rahmen für den EU-Beitrag in den Gesprächen über den internationalen Rahmen für Maßnahmen zur Verminderung des Katastrophenrisikos geschaffen werden.		Inneres	Die Mitteilung wurde am 8. April 2014 veröffentlicht.	Keine direkte Ressort-betroffenheit (ggf. SIS)
20	Künftige Prioritäten in den Bereichen Justiz und Inneres	Nicht-Legislativmaßnahme	Da das Stockholmer Programm Ende 2014 ausläuft und die Politik in den Bereichen Freiheit, Sicherheit und Justiz integraler Bestandteil des EU-Systems ist, wird die Kommission eine Mitteilung über die künftige EU-Politik im Bereich Justiz		Justiz und Inneres	Die Kommission hat dazu zwei Vorlagen vorgelegt, beide wurden am 11. März 2014 beschlossen.	SIS, SJV

Nr.	Bezeichnung der Initiative	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele	von folgenden Fraktionen benannt	Politikbereich	Termin/ Zeitpunkt der Beratung	Ressort-betroffenheit
			und eine neue europäische Agenda für den Bereich Inneres vorlegen.				
21	Europäischer Rechtsakt über die Zugänglichkeit	Legislativmaßnahme /Nicht-Legislativmaßnahme	Mit dieser Initiative soll der Waren- und Dienstleistungsmarkt für Personen mit Behinderungen und ältere Menschen auf der Grundlage des Konzepts des barrierefreien Zugangs verbessert werden. Diese unternehmensfreundliche Initiative wird verbindliche Maßnahmen zur Förderung der Auftragsvergabe und zur Harmonisierung von Zugänglichkeitsnormen umfassen und ist derzeit Gegenstand einer Konsultation von Industrie und Interessenträgern.	Bündnis 90/Die Grünen	Soziales und Integration	Angekündigt für März 2014	SKJF
23	Follow-up zum Grünbuch über die langfristige Finanzierung der EU-Wirtschaft	Legislativmaßnahme /Nicht-Legislativmaßnahme	Wichtigstes Ziel ist eine vermehrte Bereitstellung von Kapital für langfristige Investitionen. Dies erfordert möglicherweise eine Anpassung oder Änderung der Rahmenbedingungen und insbesondere eine Regulierung der Finanzmärkte, um sicherzustellen, dass diese mehr langfristige Finanzierungen bereitstellen können.		Finanzen	offen	SF
25	Rahmen für Krisenmanagement und Krisenbewältigung für Finanzinstitute, die keine Banken sind	Nicht-Legislativmaßnahme	Mit Blick auf eine größere Finanzstabilität soll die Initiative parallel zu dem Rahmen für den Bankensektor gewährleisten, dass Finanzinstitute, die keine Banken sind, wirksam ohne Folgen für das System abgewickelt werden können.		Finanzen	Offen	SF
26	OLAF-Reform	Legislativmaßnahme	Anknüpfend an die Mitteilung über die Verbesserung der OLAF-Governance und die Stärkung der Verfahrensgarantien bei OLAF-Untersuchungen könnten weitere systemische Verbesserungen an der OLAF-Verordnung vorgenommen werden; so könnten die Verfahrensgarantien, die der Kommissionsvorschlag über die Einsetzung einer europäischen Staatsanwaltschaft vorsieht, auf die administrativen Untersuchungen des OLAF übertragen werden, wobei diese neuen Garantien noch vor Einrichtung der europäischen Staatsan-		Schutz der finanziellen Interessen der EU	offen	SJV

Nr.	Bezeichnung der Initiative	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele	von folgenden Fraktionen benannt	Politikbereich	Termin/ Zeitpunkt der Beratung	Ressortbetroffenheit
			waltschaft zur Geltung gelangen können. Die neuen Verfahrensgarantien könnten eine genauere rechtliche Überprüfung von Untersuchungsmaßnahmen durch eine unabhängige Stelle zur Kontrolle der Verfahrensgarantien sowie bessere Verfahrensgarantien für die Fälle, in denen das OLAF in EU-Organen durchsuchungs- oder sicherstellungsähnliche Handlungen vornimmt, umfassen.				
27	Forschung und Innovation als neue Wachstumsfaktoren	Nicht-Legislativmaßnahme	Ausgehend von der Innovationsunion wird in der Mitteilung bewertet, inwieweit die Innovationswirtschaft die Wettbewerbsfähigkeit verbessert; gleichzeitig wird eine Informationsgrundlage für die Ermittlung prioritärer Investitionen zur Begleitung der nötigen Strukturreformen für die Haushaltskonsolidierung und der Erschließung des Wachstumspotenzials geschaffen.	CDU	Forschung und Innovation	offen	SBW
28	Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union	Nicht-Legislativmaßnahme	Mit dieser Mitteilung wird die Kommission einen weiterführenden Beitrag zu den Überlegungen zu einem Rahmen für eine konsequente Reaktion im Fall eines Verstoßes gegen die Rechtsstaatlichkeit liefern.	Bündnis 90/Die Grünen	Rechtsstaatlichkeit	Die Mitteilung wurde am 11. März vorgelegt. Der IBEA erhält einen schriftlichen Bericht in der Sitzung am 13. Mai.	SJV
29	Auf dem Weg zu einem endgültigen Mehrwertsteuersystem	Nicht-Legislativmaßnahme	Diese Initiative wird auf der Mitteilung vom Dezember 2011 über die Zukunft der Mehrwertsteuer aufbauen und aufzeigen, wie das Bestimmungsortprinzip bei der Warenlieferung und Dienstleistungserbringung in der EU als praktikable Lösung für die Zukunft umgesetzt werden kann, was bedeutet, dass das langfristige Ziel der Besteuerung im Ursprungsmitgliedstaat aufgegeben wird.		Finanzen	offen	SF
Vorschläge ohne laufende Nummer aus Anhang KOM-Programm 2012:							
	Partnerschaftsverträge mit Mitgliedstaaten	Legislativmaßnahme	In den Partnerschaftsverträgen zwischen der Kommission und den einzelnen Mitgliedstaaten sind die Verpflichtungen der Partner auf nationaler und regionaler Ebene sowie die der Kommission dargelegt. Diese stehen im Zusammenhang mit	Bündnis 90/Die Grünen	Regionalpolitik; Beschäftigung, Soziales und Integration; Landwirtschaft	Zwischenstand für DE: BMWI hat die Partnerschaftsvereinbarung am 26. Februar offiziell an KOM geschickt	SWAH

Nr.	Bezeichnung der Initiative	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele	von folgenden Fraktionen benannt	Politikbereich	Termin/ Zeitpunkt der Beratung	Ressort-betroffenheit
			den Zielen der Strategie Europa 2020 und den einzelstaatlichen Reformprogrammen. Mit den Verträgen wird ein integriertes Konzept für die territoriale Entwicklung festgelegt, das im Rahmen der Kohäsionspolitik, der Entwicklung des ländlichen Raums und der Meeres und Fischereipolitik mit Mitteln gestützt wird, und sie enthalten Ziele, strategische Investitionen und eine Reihe von Konditionalitäten.		und Entwicklung des ländlichen Raums; Maritime Angelegenheiten und Fischerei		
Vorschläge aus Anhang KOM-Programm 2011:							
33	Neuer umfassender Rechtsrahmen zum Schutz personenbezogener Daten in der EU (übertragen von 2010)	Legislativmaßnahme	Mit dieser Initiative soll das bestehende System zum Schutz personenbezogener Daten in sämtlichen Tätigkeitsbereichen der EU modernisiert werden, damit die Datenschutzgrundsätze weiterhin wirksam angewandt und die geltenden Datenschutzvorschriften verbessert werden, auch angesichts der Herausforderungen der Globalisierung und im Hinblick auf neue Technologien und die Anforderungen der Behörden.	SPD Bündnis 90/ Die Grünen	Fortsetzung der Agenda für Bürgernähe: Freiheit, Sicherheit und Recht	Vorschläge liegen vor. IBE-Ausschuss war bereits befasst. KOM hat am 25.1.2012 das sog. Datenschutzpaket vorgelegt. Hinsichtlich der darin enthaltenen VO und RL soll das Gesetzgebungsverfahren in dieser Legislaturperiode nicht mehr abgeschlossen werden. Das EP will den im LIBE-Ausschuss erarbeiteten Bericht zu den beiden Dossiers noch in dieser Legislaturperiode im Plenum beschließen. Der Rat wird aller Voraussicht zu keiner allgemeinen Ausrichtung kommen.	SF (Datenschutzkommissarin), SJV, SIS